

Pressekonferenz, 1. Oktober 2013

# Deutschland kann Reformen

## Statement

Dr. h. c. Wolfgang Clement  
Kuratoriumsvorsitzender  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
die Umfrage, die Sie gesehen haben, zeigt: Die Deutschen sind gar nicht so reformmüde wie manche bisweilen glauben. Und wir haben von der Wissenschaft vernommen, wie notwendig es in Zeiten des demografischen Wandels ist, dass die Politik aus Reformbereitschaft auch tatsächlich Reformen macht.

Was aber ist nun konkret notwendig, damit dem demographischen Wandel nicht eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Abwärtsspirale folgt? Wir stellen heute mit der „Chance2020“ ein ganzes Reformpaket vor. Es zeigt aus unserer Sicht die notwendigen Veränderungen auf, die in der kommenden und darauf folgenden Legislaturperiode anstehen.

Um was geht es in der Chance2020?

- Wir befassen uns in dem Reformpaket mit der Frage, auf welche Weise der Staat seine Steuern einnehmen und wofür er sie ausgeben sollte
- Wir haben uns damit auseinandergesetzt, wie es gelingen kann, dass die seit 2006 positive Entwicklung am Arbeitsmarkt fortgesetzt wird, bis wir das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht haben
- Wir unterbreiten konkrete Vorschläge, wie das Auskommen im Alter bei einer im Durchschnitt stetig älter werdenden Bevölkerung mit der Wohlstandsentwicklung Schritt halten kann
- Wir haben konkrete Reformideen zum Thema Energiewende, nämlich wie diese deutlich kostengünstiger umgesetzt werden kann und muss; wohlgemerkt, ohne von den von der Politik vorgegebenen Zielen Abstand nehmen zu müssen
- Und die Chance2020 beinhaltet auch Reformüberlegungen dazu, wie in einem Land, das als wertvollste Ressource die des menschlichen Geistes hat, das Bildungssystem stetig verbessert werden kann

Ich möchte Ihnen im Folgenden vier uns besonders wichtige Punkte aus dem Reformpaket Chance2020 vorstellen.

Zum Thema Steuern.

Die grundlegende Reform eines Steuersystems ist eine große und komplexe Aufgabe. Wir sind dennoch der Überzeugung, dass sich die Arbeit lohnen würde. Das deutsche Steuersystem ist über die Jahre zunehmend undurchsichtiger geworden. Unter dem stetigen Bemühen um Einzelfallgerechtigkeit leiden Transparenz und Verständlichkeit. Was aber nicht als gerecht verstanden werden kann, ist auch nicht gerecht.

Neben dieser großen Aufgabe könnte die zukünftige Regierung sehr einfach und schnell eine schreiende Ungerechtigkeit des bestehenden Steuersystems abschaffen: die sogenannte kalte Progression.

Inflation frisst nicht nur Vermögen, sie erhöht auch die Steuerbelastung, wenn die Einkommensteuersätze nicht den Preissteigerungen angepasst werden. Bei der kalten Progression steigt oberhalb des Grundfreibetrages der Durchschnittssteuersatz auch dann, wenn das zu versteuernde Einkommen nur um den Inflationsausgleich zunimmt. Die Arbeitnehmer haben also real weniger in der Tasche, weil sich der Staat an der Lohnerhöhung bereichert. Im Übrigen: Die kalte Progression belastet Bezieher niedriger Einkommen prozentual höher als Steuerpflichtige mit hohem Einkommen. Das ist ungerecht.

Wir fordern deshalb eine automatische Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Kaufkraftentwicklung. Konkret: Ein sogenannter Steuerinflationsindex soll künftig für mehr Gerechtigkeit im Steuerrecht sorgen und gleichzeitig inflationsdämpfend wirken. Denn der Steuerinflationsindex würde das latente Eigeninteresse des Staates an der Inflation dämpfen, international eine Vorbildfunktion übernehmen und damit die Überzeugungskraft der Steuergesetzgebung stärken.

Zum Haushalt.

Das Statistische Bundesamt hat in diesen Tagen bekannt gegeben, dass die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden im ersten Halbjahr leicht gesunken sind, genauer gesagt um 1,6 Prozent auf 2,05 Billionen Euro. Eine positive Entwicklung – und eine seltene.

Sie wissen es: Allein die Zinszahlungen machen im Bundeshaushalt den drittgrößten Posten aus. Dabei hat die Bundesregierung noch Glück: Sie kann ihre Verschuldung gegenwärtig zu außergewöhnlich günstigen Konditionen refinanzieren. Das muss nicht so bleiben.

Deshalb fordert die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft nicht nur einen Verzicht auf Neuverschuldung, sondern – zumindest in konjunkturell guten Zeiten – den kontinuierlichen Abbau der Staatsschulden.

Darüber hinaus plädieren wir dafür, die Staatsquote zu senken. Schlicht weil sich der Staat um Dinge kümmert, um die er sich besser nicht kümmern sollte. Allein die Subventionen in Deutschland sind auf einem Rekordhoch und summieren sich auf über 160 Milliarden Euro jährlich.

Die Staatsaktivität muss auf das beschränkt werden, wofür der Staat verantwortlich ist, nämlich für die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, namentlich auf Feldern wie Bildung, Grundlagenforschung, Infrastrukturen, öffentliche Sicherheit und Ordnung, äußere Sicherheit sowie Hilfe für Bedürftige.

Ein solcher – zugegeben idealer – Staat hat wenig bis keine Schulden und einen deutlich niedrigeren Etat für Soziales. Ein solcher Staat kommt deshalb auch mit einer geringeren Staatsquote aus.

Es gilt aber auch: Ein solcher Staat kümmert sich intensiv um die wirklich Bedürftigen. Weniger Staat heißt also nicht weniger soziales Engagement. Vielmehr kann ein voll funktionsfähiger Staat denen helfen, die Hilfe brauchen – und lässt denen mehr in der Tasche, die den Staat tragen.

Zu Arbeit und Rente.

Eines vorneweg: Entscheidend ist, dass die Agenda 2010 weiter wirken kann. Wer jetzt die Reformen auf dem Arbeitsmarkt zurückdreht, wird steigende Arbeitslosenzahlen verantworten müssen. Nur mit weiteren marktwirtschaftlichen Reformen können wir die Folgen des demografischen Wandels bewältigen.

Außerdem: Eine wichtige Stellschraube in Zeiten des demografischen Wandels, die sich sowohl auf den Arbeitsmarkt als auch auf unser Rentensystem auswirkt, ist

bekanntlich der Zeitpunkt des Renteneintritts. Die Rente mit 67 ist ein demografisches Muss, an dem die Politik nicht mehr rütteln darf.

Darüber hinaus plädieren wir langfristig für eine automatische Koppelung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. Dabei wird ein Teil der hinzugewonnenen Lebenszeit auf eine längere Lebensarbeitszeit verwendet.

Wichtig ist außerdem, den Menschen größere Freiheiten beim Renteneintritt zu gewähren. Dabei muss es den Unternehmen leichter gemacht werden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus zu beschäftigen.

Die bisherige Praxis ist wirkt auf mich wie eine Form von Altersdiskriminierung. Dass Menschen bei Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters faktisch gezwungen werden, ihren Job zu verlassen, obwohl sie noch weiterarbeiten möchten, ist ein großer Fehler, gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel.

Unser Vorschlag: das einmalige Sonderkündigungsrecht bei Erreichen des gesetzlichen Rentenalters um ein jährlich wiederkehrendes Sonderkündigungsrecht zu erweitern. Dies würde ältere Menschen in Unternehmen halten, weil Firmen bei Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters nicht mehr gezwungen würden, ihre Mitarbeiter in Rente zu schicken.

Last but not least zur Energie der Zukunft.

Wir sind froh, wenn sich in der Bevölkerung wie in der Politik zunehmend das Bewusstsein durchsetzt, dass die Energiewende ein teures Unterfangen ist, ein viel zu teures. Das Problem ist dabei weniger die Energiewende selbst, also der Ausbau der Erneuerbaren Energien, sondern vielmehr das „Wie“.

Das Grundproblem besteht bekanntlich darin, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Grundprinzipien der Marktwirtschaft missachtet. Die technologiespezifische Förderung verhindert auf lange Sicht den Wettbewerb unter den alternativen Technologien. Es geht bei der Investitionsentscheidung nicht darum, welche Technologie für welchen Standort am besten geeignet ist, sondern um die Höhe der garantierten Einspeisevergütungen. Dies macht die Energiewende teurer als zur Erreichung der Ausbauziele unbedingt notwendig. Die hohen Kosten belasten

nicht nur die Haushalte, sondern gefährden den Industriestandort Deutschland und bedrohen Arbeitsplätze.

Wir schlagen vor, das EEG durch ein marktwirtschaftliches Modell zu ersetzen. Mit dem sogenannten WEE, dem Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energien, wie es im Kern auch der Sachverständigenrat und die Monopolkommission vorschlagen, würden die Ausbauziele weitaus kostengünstiger erreicht werden.

In einem weiteren Schritt sollte das WEE dann auf den europäischen Binnenmarkt ausgeweitet werden. So ließen sich weitere Effizienzpotenziale heben. Eine europäische Lösung würde Einsparpotenziale von 360 Milliarden Euro bis 2050 allein in Deutschland mit sich bringen.

Anrede,

wenn wir jetzt das Notwendige tun, ersparen wir Deutschland ein düsteres Zukunftsszenario. Deshalb werben wir für ein Paket von Maßnahmen, die wir in der „Chance2020“ zusammengefasst haben. Maßnahmen, die aus der guten Erfahrungen eines wettbewerbsfähigen Deutschlands entstanden sind und welche die demografische Herausforderung berücksichtigen, statt sie auszublenden. Die Mühen werden sich auch dieses Mal lohnen.